

Dossier

Uni.lu – who cares?

So könnte man etwas polemisch fragen. Eine Antwort darauf wäre: Immerhin gibt es kaum noch entschiedene Gegner der Universität Luxemburg, die in diesen Tagen ihr zehnjähriges Bestehen feiert.

Feinde hatte die Universität zunächst viele. Zu ihnen zählte nicht zuletzt Premierminister Jean-Claude Juncker, gegen dessen erklärten Willen Erna Hennicot-Schoepges ihr wohl größtes Projekt durchzog. Eine „Betriebsblindheit“ befürchtete Jean-Claude Juncker 1997 bei der Jugend des Landes durch die Etablierung einer Universität auf luxemburgischem Boden. Diese Bedenken des Premiers und vieler anderer haben sich heute größtenteils verflüchtigt. Sowohl das Personal als auch die Studentenschaft sind bunt gemischt. Die Beiträge von Stefan Braum (S. 43) und Victor Weitzel (S. 51) heben zudem die äußerst europäische und internationale Ausrichtung der Masterstudiengänge und der Forschung hervor. Außerdem erläutert Braum, dass die Fakultät für Rechts-, Wirtschafts- und Finanzwissenschaften eng mit Universitäten in sogenannten Wachstumsmärkten – wie Russland und Indien – zusammenarbeitet und die globalen Wirtschaftsentwicklungen eng im Blick behält, um Innovationspotenzial für den Finanzplatz Luxemburg abzuschöpfen.

Diese seit den Anfängen der Universität Luxemburg utilitaristische Ausrichtung kritisiert Mario Hirsch (ab S. 36). Forschung sei aus dieser Sicht nur sinnvoll, wenn sie einen unmittelbaren Nutzen verspricht – oft heißt das, dass sie wirtschaftlich verwertbar sein soll. Die utilitaristische Ausrichtung verliert derzeit nicht an Konjunktur. Die CSV möchte ihrem Wahlprogramm zufolge die Forschung und Lehre besonders im Finanzsektor und den Naturwissenschaften fördern. Die DP

will „die Universität [...] besser auf die Belange der Wirtschaft ausrichten und als Standortvorteil einsetzen“. Eine stär-

Den Anspruch auf Freiheit der Wissenschaft halten mehrere Autoren für nicht verhandelbar. Ohne Unabhängigkeit kann es keine „exzellente“ Forschung geben.

kere Förderung der Geisteswissenschaften wünschen sich dagegen Déi Gréng und die LSAP. Allerdings steht die direkte Wertbarkeit auch hier im Vordergrund, denn die LSAP fordert, die Uni solle die Schulreform wissenschaftlich begleiten.

Bei solchen Prämissen bleibt wenig Raum, die Kategorien und Wertvorstellungen, welche die Gesellschaft leiten, tiefer zu analysieren. Dass grundlegende Debatten seitens der Politik kaum erwünscht sind, zeigen für Sonja Kmec die ausbleibenden Kontroversen rund um die Ausstellung iLux (S. 30).

Mehrere Autoren weisen auf die Gefahren von Auftragsforschung hin. Manche Auftraggeber würden mit einer hohen Erwartungshaltung an Forschungseinrichtungen herantreten, vermerkt Kmec. Dass Auftraggeber versuchen wissenschaftliche Arbeit für die eigenen Interessen zu nutzen, liegt in der Natur der Sache. In einer vorherigen *forum*-Ausgabe (Nr. 322) beklagte die Journalistin Ines Kurschat jedoch, dass häufig nicht transparent ist,

welche Studien in Auftrag gegeben, welche Summen gezahlt werden und was der Auftrag beinhaltet. Dieter Ferring sieht demgegenüber die Transparenz von Seiten der Uni gewährleistet (S. 40) und Mario Hirsch sieht im Bemühen um Drittmittel eine willkommene Frischluftzufuhr für die universitäre Forschung sowie die Möglichkeit für die Universität in einen engeren Dialog mit der Gesellschaft einzutreten.

Den Anspruch auf Freiheit der Wissenschaft halten mehrere Autoren für nicht verhandelbar. Ohne Unabhängigkeit kann es keine „exzellente“ Forschung geben. Halböffentliche bis vertrauliche Diskussionsrunden an der Universität, wie sie Victor Weitzel schildert, erscheinen dabei als Sündenfall. Christian Meyers (S. 33) schreibt über Studien, die mehr oder weniger in Schubladen verschwinden und die Forschung kaum voranbringen. Nur Öffentlichkeit kann wissenschaftliche Freiheit garantieren. Bezeichnend ist, dass bisher kaum jemand fordert, die Freiheit der Wissenschaft in der neuen Verfassung zu verankern.

Doch kann man nach 10 Jahren bereits Schlüsse über den Mehrwert dieser Universität ziehen? Kann sie die sehr unterschiedlichen Erwartungen erfüllen, die an sie gestellt werden? Die Antwort darauf wird auch von den anstehenden Herausforderungen abhängen: Reform des Universitätsgesetzes, Umzug nach Esch-Belval, Schaffung einer medizinischen Fakultät ...